



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Literatur.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Literatur.

Der norddeutsche Bund und dessen Uebergang zu einem deutschen Reiche, von Graf Münster. Leipzig, 1868.

Wir haben diese neueste Schrift des wackern hannoverschen Patrioten mit getheilten Empfindungen gelesen, mit dem Ziele wissen wir uns einverstanden, über die Wege zum Ziele scheint derselbe sich starken Illusionen hinzugeben.

Graf Münster geht, wie dies alle practischen Politiker thun müssen, von der Ansicht aus, daß der gegenwärtige Zustand in Deutschland nur als ein rein provisorischer betrachtet werden könne. Der Krieg von 1866 war in der Absicht unternommen, Oestreich aus dem Bunde zu verdrängen und die übrigen deutschen Staaten unter eine gewisse Abhängigkeit von Preußen zu bringen, die Annexion von Hannover, Hessen, Nassau und Frankfurt war nicht beabsichtigt gewesen und nur eine Frucht der überraschenden Erfolge, aber sie wurde mit der Mainlinie erkauft, welche bei Formulirung der preussischen Grundzüge zur Reform des deutschen Bundes nicht statuiert war, wenigstens nur insoweit, daß das Bundesheer in eine Nord- und Südbarmee getheilt werden sollte. Sollte nach Königgrätz an der Bundesidee festgehalten werden, so burste die Mainlinie nicht angenommen werden; nur die Bildung eines starken einheitlichen Staates auf die Preußen in Nikolsburg sein Hauptaugenmerk richtete konnte diese Concession an Frankreich entschuldigen. Wenn wir gleichwohl nun um das so vergrößerte Preußen einen Bund gebildet sehen, dessen sämmtliche andere Glieder etwa $\frac{1}{2}$ des Hauptstaates gleichkommen, so kann das nur eine unwahre Fiction bleiben, weil eine gewisse innere Gleichberechtigung die Grundlage jedes Bundesverhältnisses bilden muß. Ein Föderativstaat ist nur bei republikanischer Staatsform möglich und selbst da wird diese Staatsform bei der naturgemäß centralisirenden Zeitrichtung immer unhaltbarer. Ein Bund von 18 Fürsten und drei Städten, ein Parlament auf der breitesten Grundlage, dem gegenüber eine ins Dunkel des Incognito gehüllte Centralgewalt steht, dabei das schon so complicirte Repräsentativsystem der Einzelstaaten, alles das gibt eine auf die Länge unhaltbare Combination; daß die Sache überhaupt bis jetzt noch functionirt hat, liegt nur in der persönlichen Stellung des Grafen Bismarck.

Was soll nun also geschehen um haltbare Zustände herzustellen? Graf Münster antwortet zunächst, daß die Reform von oben in die Hand genommen werden müsse, die merkwürdige Complication von souveräner, gesetzgeberischer und ausübender Thätigkeit welche sich im Bundesrath finde müsse beseitigt werden, eine einheitliche starke Executive von wahrhaft monarchischer Organisation an die Stelle treten und die Fürsten müßten sich bescheiden, als hoher Adel mit den früheren Reichsunmittelbaren ein conservatives Oberhaus zu bilden, welches allein ein Gegengewicht gegen das demokratisch zusammengesetzte Unterhaus gewähren könne; was ihr Verhältniß zu ihren bisherigen Staaten betrifft, so sollen sie zu erblichen Präsidenten derselben (die dann also Provinzen sein würden) gemacht werden und als solche unter dem König von Deutschland stehen. Auf diese Weise würden die Fürsten dem Vaterlande einen unermeßlichen Dienst leisten, haltbare Zustände schaffen und

für sich eine Stellung erhalten, die sonst bei der nächsten europäischen Erschütterung doch verloren gehen müßte.

Daß eine derartige Entwicklung wünschenswerth wäre wird niemand leugnen, die Frage ist aber ob sie möglich und wahrscheinlich ist. In der Kritik des Bundesraths muß man gewiß dem Verfasser beistimmen; weniger gefällt uns schon die Idee die gegenwärtigen norddeutschen Staaten als Provinzen zu erhalten, da doch keiner von ihnen einen Stamm wie Westphalen, Brandenburg zc. repräsentirt und es rein unmöglich sein würde z. B. die thüringischen Kleinstaaten oder Braunschweig auch nur als selbständige Verwaltungsbezirke zu erhalten; die Hauptsache aber ist, daß mit einem Aufruf an den Patriotismus der Fürsten nichts geschehen ist; das Wesen der Dynastien wie jedes politischen Factors ist der Egoismus. Bei einzelnen Persönlichkeiten mag das Gefühl überwiegend sein, daß sie jetzt eine traurige Rolle spielen, aber man frage sich, ob es denkbar ist, daß die Großherzöge von Mecklenburg oder gar der König von Sachsen freiwillig aufgeben, was ihnen noch von Souveränität geblieben ist, um sich als Pairs in ein Oberhaus zu setzen? Eine solche Voraussetzung scheint uns wider alle politischen nüchternen Berechnung zu sprechen. Der allmählichen Erweiterung der Competenz der Centralgewalt werden sie wahrscheinlich nicht widerstreben können, wollten aber Preußen jetzt, nachdem der Bund kaum begründet ist, eine derartige Reform verlangen, so würden sie bestimmt opponiren und darauf verweisen, daß ihnen der Rest ihrer Souveränitätsrechte ausdrücklich garantirt ist. Sicherlich lag es in Preußens Hand 1866 die Einzelsouveränität noch weit mehr zu beschränken, aber jetzt sind eben die Dinge nicht mehr im Flusse und man wird schwerlich irren, wenn man annimmt, daß es eines neuen gewaltsamen Ruckes bedürfen wird, um zu politisch haltbareren Zuständen zu kommen. Wir stehen eben noch inmitten einer großen Revolution, die dadurch nicht geringer wird, daß sie bestimmt scheint sich in Stationen zu vollziehen.

Darin stimmen wir Graf Münster zu, daß wie die Dinge einmal gekommen sind zunächst der Ausbau der Verfassung im Norden in Angriff genommen werden muß, daß das Zollparlament keine Einigung mit dem Süden herbeiführen wird; aber man soll sich nur nicht darüber täuschen, daß, je fester d. h. je einheitlicher Norddeutschland sich gestaltet, desto unwahrscheinlicher der freiwillige Eintritt eines süddeutschen Staates wird, oder glaubt man, Württemberg und Baiern würden sich aus patriotischen Motiven mediatifiren lassen? Graf Münster will, daß, wenn wir uns mit dem Süden oder irgend einem süddeutschen Staate verbinden, dies im gegenseitigen Einverständnis mit Regierung und Volk, aber ganz offen geschehe. Werden aber eben die beiden süddeutschen Könige jemals geneigt sein, sich ihrem bisherigen Pair dem König von Preußen als Unterthanen unterzuordnen?

Das Vorstehende wird genügen um zu zeigen, daß wir es wohl mit einem guten Patrioten zu thun haben, daß aber gegen die praktische Möglichkeit seiner Vorschläge starke Zweifel sich erheben müssen; unbedingt dagegen können wir Graf Münsters Rathschlägen beistimmen, energisch die innere Reorganisation Preußens in Angriff zu nehmen, und wünschen, seine Mahnung an die conservative Partei, Unhaltbares aufzugeben, möchte von Erfolg sein.

Berichtigung.

In Heft 34, im Artikel „der pariser Salon I.“ ist zu lesen: S. 281 Zeile 10 v. oben: „ersten“ Blic statt „rechten“. S. 286, Z. 15 v. u.: „Schaugeschichten“ statt „Schaugerihten“. S. 289 Z. 20 v. oben: „Prophet von Orleans“ statt „Ornaus“. S. 290 Z. 20 v. u.: „wackern“ Nachbarschaft“ statt „modernern“ und Z. 7 v. u.: „hier wird die Poesiefülle der Wirklichkeit lebendig“. S. 291 Z. 9. v. o.: „Heliotrop“ statt „Heliotroge“. —

Verantwortliche Redacteurs: Gustav Freytag u. Julius Eduard.

Verlag von F. L. Herbig. — Druck von Gützel & Wegler in Leipzig.